

Sächsische Volkszeitung

Preis 10 Pfennige. Vierteljährlich frei. Ausgabe A mit illustrierten Seiten 12,75 M. Ausgabe B 11,25 M.
einfachlich Preisvergleich

Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Abonnement: Einzelne von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Heftespalte 1,40 M., im Fellameitl 3,50 M., Familienanzeigen 1,80 M. — Gilt unbedingt geänderte, sowie durch Berichterstatter aufgegebene Anzeigen. Ihnen vor die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen werden.

Zentrumsjubiläum

Eine Jubiläumsfeier in dieser Zeit? Gewiß, dieser Gedanke mag eigenartig anmuten. Aber beim Jubiläum der Zentrumsfaktion des deutschen Reichstages — über dessen Verlauf bereits auf Grund eines eigenen ausführlichen Druckberichtes in der gestrigen Nummer berichtet wurde — handelt es sich um eine würdige und vor allem den Zeitenwerten entsprechende Feier. Parteien kommen und Parteien gehen. Eine Partei, die sich auf die christliche Weltanschauung stützt, hat Ewigkeitswert und wird und muß sich auf die Dauer durchsetzen. Das war auch der Grundgedanke, der hervorragenden Rede des Parteichefs, Herrn Geheimrat Trimborn. Zimmerman ist es für deutsche Verhältnisse ein besonderes Ereignis, wenn eine Partei auf ihr fünfzigjähriges unterbrochenes Bestehen zurückblicken kann. Zuerst trat bekanntlich die preußische Landtagsfraktion der Zentrumspartei ins Leben. Sie konnte daher schon im Dezember vorigen Jahres anlässlich des Preußentages ihr Jubiläum begehen. Da ursprünglich geplant war, den Reichstagtag der Deutschen Zentrumspartei am 19. April abzuhalten, so sollte das Jubiläum der Zentrumsfaktion des Reichstages, die im März 1871 gegründet wurde, aus diesem Anlaß gefeiert werden. Die gegenwärtigen politischen Verhältnisse machen die Abhaltung des Reichstagsfestes unmöglich. Um so mehr hat die Zentrumsfaktion des deutschen Reichstages recht daran getan, jetzt der Gründung der Fraktion vor 50 Jahren zu gedenken.

Für eine solche Feier eignet sich die Wandelhalle des deutschen Reichstages in ganz besonderem Maße. Vor 10 Jahren waren die Vertreter der Deutschen Zentrumspartei im selben Raum versammelt, zur Feier des 40-jährigen Bestehens der Zentrumspartei. Welch ein Wandel der Dinge! Wie viele von den Männern, die damals an der Spitze der Partei standen, Männer wie Hartung, Grüßer, Schröder fehlen heute. Vängt haben sie das Zeitalter gesegnet. Von den Gründern der Zentrumspartei ist keiner mehr da. Einer nur lebt noch, aber er kann nicht erscheinen. Denn still und zurückgezogen verbringt er, der Fürst von Bismarck, in der Klosterzelle der Dominikaner als Pater Mathias seinen Lebensabend. Sein Sohn Fürst Alois ist erschienen.

Als am Sonntag abend um 8 Uhr im Plenarsaal des Reichstages Abg. Geheimrat Trimborn einen Überblick der Geschichte der Deutschen Zentrumspartei gab, und als dann im Laufe des Abends in der Wandelhalle beim schlichten Festmahl all die Führer der Partei das Wort ergriffen, da kam so recht der Wandel der Zeiten zum Ausdruck. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des Führers der Preußischen Zentrumspartei Geheimrat Dr. Borsig, der nun auch volle 40 Jahre Parlamentarier ist. Er schilderte, wie er im Jahre 1881 in das Parlament trat, welche Gefühle ihn umfangen, als er zum ersten Male im Fraktionszimmer des Reichstages den Führern der Zentrumspartei, Windthorst, den Geheimratern Reichsverweser usw. gegenüber stand. Und Geh. R. Borsig wies bei dieser Gelegenheit mit alter Entschiedenheit die Vorwürfe, die bis zum heutigen Tage in nationaler Hinsicht gegen das Zentrum erhoben werden, auf Grund seiner 40jährigen Tätigkeit zurück. Er betonte, daß andere vielleicht das Wort national mehr im Mund geführt haben und noch führen, daß aber das Zentrum stets einzig und allein aus bürgerlichem Interesse heraus gehandelt hat. Den Höhepunkt des unvergleichlichen Abends, der Vertreter der Zentrumspartei aus allen Teilen des Deutschen Reiches vereinigte, bildete ohne Zweifel die Rede des Abg. Frau Dransfeld. Tchnisch wie Geheimrat Dr. Borsig schilderte Frau Dransfeld die Gefühle, die sie und ihre Kolleginnen fühlten, als sie vor zwei Jahren in Weimar zum ersten Male in den Kreis der Fraktion traten. Die Gefühle der Verehrung für die Führer der Zentrumspartei für Grüßer, Trimborn, Herold usw. Dann gebaute in glänzender Rede Frau Dransfeld im Hinblick auf die Kreuzwegstationen, die wir jetzt in der auswärtigen Politik zu durchgehen haben, der deutschen Frau, der deutschen Zukunft, des Kindes. Tiefe Ergriffenheit bewirkte sich der Festversammlung. Und ganz spontan erhob sich, als Frau Dransfeld geendet, die Versammlung und sang das Lied der Deutschen.

Der Abend stand naturgemäß unter dem Eindruck der gegenwärtigen politischen Verhältnisse. Er hat die Vertreter der deutschen Stämme, die zum Jubiläum der Fraktion des Zentrums gekommen waren, noch mehr und noch inniger zusammengebracht. In dieser Hinsicht war doppelt bedeutungsvoll das überaus zahlreiche Erscheinen der Reichstagsabgeordneten der bayerischen Volkspartei. Was die Mehrzahl der Mitglieder der bayerischen Volkspartei bewegt, das ließ die Abgeordnete Gerstenberger-Würtzburg, der nun schon mehr als 25 Jahre dem Reichstage angehört, in dem Herzen kommende und zu Herzen gehende Worte. Seinerede eröffnete schöne

Aussichten für die Zukunft. Über diese Teilnahme der Mitglieder der bayerischen Volkspartei hat eine noch viel weiter gehende Bedeutung. Wir wissen nicht, was die nächsten Tage und Wochen uns bringen werden, wohl aber wissen wir, daß uns überaus schweres noch bevorsteht, daß die Einheit des Deutschen Reiches einer außerordentlich schweren Belastungsprobe ausgelegt ist. Die Rede des Abg. Gerstenberger bediente auch ein Gelöbnis der Treue zum Reich.

Nördwärts blickend, vorwärts schauend — unter diesem Beziehend stand die Jubiläumsfeier der Zentrumsfaktion des deutschen Reichstages. Sie hat in einer der schwersten Stunden der deutschen Politik allen Teilnehmern aufs neue zum Bewußtsein gebracht, daß wie in Gegenwart und Zukunft notwendiger denn je, die Christliche Volkspartei, das Zentrum brauchen.

Aus dem Reichstage

Auch am Montag sah sich die Regierung nicht in der Lage, den Inhalt der deutschen Gesetzesvorschläge zu veröffentlichen und im Reichstage über die eingeleitete Aktion eingehende Erklärungen abzugeben. Der ursprüngliche Plan, daß Dr. Simons dem Reichstage die deutschen Gesetzesvorschläge mitteilen und sie beurteilen sollte, mußte also fallen gelassen werden. Es ist durchaus verständlich, daß man den Gang der Aktion nicht durch eine vorzeitige Veröffentlichung der Gesetzesvorschläge stören will. Es standen also nur noch die beiden Interpellationen, eine des unabhängigen Abg. Averbode, die anderen, die andere des deutschnationalen Abg. Arnsdorf, betreffend die auswärtige Politik, zur Verhandlung. Bevor jedoch das Haus in die Tagesordnung eintritt, nimmt der Präsident des Reichstages, Löbe, die Abstimmung in Tirol zum Anlaß einer warmen Sympathiebekundung für die waderner Tiroler, die ein so glänzendes Organisator für das deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl abgelegt haben. Er sendet den Tirolern den Gruß des deutschen Reichstages. Das Haus nimmt seine Erklärungen zum größten Teil stehend entgegen, nur die Herren Unabhängigen und Kommunisten halten es nicht für notwendig, von der treuen Deutschen Gemeinschaft des Landes Adreas Hofers Notiz zu nehmen. Die Interpellation der Unabhängigen begründet der Abg. Dömann. Er hält eine der vier dieser Seite des Hauses so beliebten Standpunkte gegen die kapitalistische Weltwirtschaft, er arbeitet mit Schlagworten und den Plattformen, die den linksradikalen Katalanen eignen sind. Er appelliert an die englische, französische und belgische Arbeiterschaft. Diese Leute werden es nie lernen, daß sie dort drüber unter ihren Arbeitkollegen nur verschleierte Thesen finden. Zur Vermittlung des Präsidenten Hardung hat er kein Vertrauen, denn Hardung sei auch nur ein Vertreter der nationalen und kapitalistischen Herrenklasse, wie überhaupt der Schrift der Regierung nur vom reinsten Goldmus der herrschenden Klasse dictiert sei. Seine Ausführungen werden häufig von erregtem Widerspruch des Hauses unterbrochen. Sie gipfeln in ihrem Hauptabschlußpunkt in einem Loblied auf die internationale Solidarität der Arbeiterschaft. Die Interpellation der Deutsch-nationalen wird vom Abg. Höpfl beantwortet. Er greift die Regierung scharf an und nennt das Ergebnis der sechswöchigen Arbeit des Auswärtigen Amtes eine vollendete Entmündigung Deutschlands, die bedingungslose Kapitulation vor dem Auslande, wie sie besonders durch das Telegramm an Hardung charakterisiert werde. Dies sei ein Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes. Daß der Außenminister auch jetzt noch nicht nähere Auskunft zu geben imstande sei, mich von Nediney bestimmt. Auch die oberösterreichische Fraktion wird vom Abg. Höpfl in die Debatte mit hineingezogen. Er möchte am erfahrenen, was in der oberösterreichischen Fraktion geschehen sei und vornehmlich gegen die Weise eines polnischen Einfallen. Der Außenminister Dr. Simons rechtfertigt in ganz kurzen Ausführungen noch einmal den Standpunkt der Restierung, im gegenwärtigen Augenblick nähere Ratiocinatio nicht machen zu können, da dies den mit Amerika getroffenen Vereinbarungen entspreche. Eine Besprechung der Interpellationen fand nicht statt.

Tirol für Deutschland

Die Volksabstimmung in Deutsch-Tirol hat ein Urteil gegeben, in das alle Einwohner übereinstimmen. Wohl durfte man annehmen, daß die Abstimmung eine große Mehrheit ergeben würde, aber daß sie nahezu einhellige der Unabhängigkeit von Deutschland ergeben hat, das ist doch erstaunlich. Natürlich gewonnen wird die Abstimmung in Deutsch-Tirol und doch allerdings keine Rolle haben. Die Abstimmung bedeutet natürlich nicht den sozialistischen Anschluß Tirols an Deutschland. Tirol entsteht, an ihrer Spitze Brantfeld, wieder gegen alles Recht des Rechts des Lebensausführers Deutsch-Ostreichs an das Deutsche Reich, obwohl sie ausschließlich die Freiheit der Wähler und die Selbstbestimmungsrecht des Krieges erfüllt hat. Österreich arbeitet Brantfeld im Gegenteil mit allen seinen Kräften daran, den Anschluß Deutsch-Ostreichs an Deutschland zu hinterstellen. Es geht voran, sonst, daß es bis zur österreichischen Restierung unter Deutschen mit Gewalt an der Abstimmung der Abstimmung hat behindern wollen. Aber alles das hat den Anschluß zu wollen in Deutsch-Ostreich nicht an erstickt vermocht. Das hat die Abstimmung in Deutsch-Tirol gezeigt, deren Ergebnis zweifellos angespannt wortet wird auf die übrigen Länder Deutsch-Ostreichs, die ebenfalls in nächster Zeit eine Abstimmung vornehmen werden. Das Ergebnis der Abstimmung wird in der Welt ihren Eindruck nicht verfehlten. Es wird sich zeigen müssen, ob Frankreich auf die Power der einflussreichen Willenskundgebung Deutsch-Ostreichs zum Trost den Anschluß verhindern kann. Der Volkswille, der in Deutsch-Tirol so kräftig zum Ausdruck gekommen ist, wird sich durch seine Maßnahme auf die Dauer bewähren lassen. Insofern ist die Abstimmung in Deutsch-Tirol von unbeschreibbarem Wert.

Das Ergebnis von Hythe

London, 25. April. Reuters Sonderberichterstatter in Hythe berichtet: Lloyd George teilte mit, daß die beiden Premierminister weitere Strafmaßnahmen erörtern hätten. Eine Schwierigkeit ist offenbar die gewesen, daß eine neue deutsche Note unterwegs sei. Obgleich keine Einwendungen dagegen erhoben werden konnten, daß diese an Amerika gesandt wurde, schien es doch zweifelhaft, daß eine Kopie nicht auch hierher gesandt worden sei. Die letzte deutsche Note sei in dem maß sie sagt, zweifellos aufgestellt, aber sie behandle nur einen Teil der Belastungsfrage und betrüge nicht einmal den Rest des Reparationsproblems. Es unterliege anscheinend keinem Zweifel, daß alle Alliierten zur Konferenz am Sonnabend erscheinen würden.

Dem Vernehmen nach sind die Besprechungen in Hythe in feindschaftlichem Geiste geführt worden. Niemand wünscht, daß Ruhrgebiet zu besiegen, aber es besteht kein Zweifel, daß Deutschland in der Erfüllung seiner Verbindlichkeiten läufig ist. Es bestreitet die Meinung, daß Deutschlands letzte Note nur Änderungen aber keinen Plan enthält. Sie ist indessen noch nicht verworfen worden. England wünscht keine Bedingungen aufzuerlegen, ist aber völlig überzeugt, daß Deutschland in der Lage ist, gemäß den Vierter Bedingungen zu zahlen. Vertreter fragt das Ergebnis der Verhandlungen von Hythe folgendermaßen zusammen: 1. Lloyd George habe grundsätzlich zugestimmt, daß die Besetzung des Ruhrgebietes ausgeführt werde, zu seinem Einverständnis. 2. Lloyd George stimmt ferner zu, daß ohne Vergang die französischen und englischen wirtschaftlichen Sachverständigen zusammentreten, um die wirtschaftlichen Maßnahmen, die von den französischen Sachverständigen ausgearbeitet wurden, zu prüfen. Vertreter fragt: Werde Lloyd George noch seine Mitarbeiter hätten genügend Zeit erhalten, die Fragen zu lösen. Sie hätten also noch ihre volle Handlungsfreiheit. Dieser Punkt sei umso wichtiger, als die Engländer sich Frankreich zu einer militärischen Expedition erst anbieten wollten, wenn die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme ihrem Urteil unterbreitet und in praktischer Weise gelöst werden sollen.

Wie Sauerwein mitteilt, ist von Lloyd George auch die Befreiung Hamburgs vorgeschlagen worden. Man glaubt aber, daß die Beschlagnahme der Hölle für die Seetaktanlage sehr in Zukunft in Betracht käme.

Philippe Millet berichtet dem "Welt-Parisien" aus London, es handle sich bei dem, was gestern in Hythe besprochen wurde, nur um eine bedingungsweise Verhandlung. Das tatsächliche Einverständnis scheint tatsächlich von zwei Bedingungen abzuhängen. 1. daß die neuen deutschen Vorschläge ebensoviel befriedigend sind wie die früheren. 2. daß die von der französischen Regierung gegenüber Deutschland vorgebrachten wirtschaftlichen Maßnahmen einer ersten Prüfung stand halten könnten. Daraus ergibt sich auch der Verdacht, schon von morgen an die alliierten Sachverständigen zusammen zu berufen, damit sie prüfen und wenn nötig abändern, was von Frankreich vorgeschlagen wurde, bevor der Oberste Rat am 30. April zusammentritt.

Nach Berichten aus Lyon ist der Protest der englischen Politiker gegen etwaige Zwangsmassnahmen, die gegen Deutschland ergreifen werden sollten, nicht nur von Cecil, Gyllen und Barnes, sondern auch von Henderson, Glynn und noch einigen anderen bekannten Politikern unterschieden. Sowohl der diplomatische Vertreter wie der Sondervertreter-Litter der "Chicago Tribune" in Lyon berichten, daß die Unterredungen in Hythe zu keinen Atomkriegen und zu keinen Beschüssen geführt haben. Die Teilnahme der Vereinigten Staaten an den nächsten Sitzungen des Obersten Rates wird in Paris als sicher angeschaut, und zwar wird als Vertreter nebst dem amerikanischen Botschafter in Paris auch der frühere Vertreter Amerikas in der Reparationskommission vorgenannt. Wie der "Chicago Tribune" aus Washington meldet, wird deutet von Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten über die Resolution Knob im günstigen Sinne berichtet werden. Die Aussprache darüber findet morgen statt.

Englische Ansichten von der Reparation

London, 26. April. Die "Times" schreibt, dem Publikum sei zu berichten gegeben worden, daß das Ergebnis der Verhandlungen von Hythe zweideutig ausgefallen sei. Das idee ne über nicht ganz der Fall zu sein. Es besteht ei e tatsächliche Meinungsverschiedenheit bezüglich der Frage, ob die Aliierten durch die Vierter Reparationssumme gewunden sei u. ob r die Verwendung dieser Summe durch Deutschland die Aliierten, wie man in Frankreich glaubt, berechtigt die viel größeren Forderungen des Friedensvertrages wieder in Kraft zu setzen. — Im diplomatischen Bericht des "Daily Telegraph" heißt es, man frage sich, ob der Vorschlag der wirtschaftlichen oder sozialistischen Kontrolle des Ruhrgebiets & die Kosten der militärischen Besetzung bezahlt machen würde. Lloyd George lege außerdem großen Nachdruck darauf, daß man Rückicht auf die Gefühle der Arbeiter nehmen müsse. Die allgemeine amtliche Meinung rechne mit einem in Tiffiset bei einer Belebung dieses Gebiets, der sich nach Ansicht der Franzosen jedoch auf das höhere Niveau beziehen werde, daß Frankreich bereit sei zu eilegen und auf die Arbeiter, die der mehrheitssozialistischen Partei angehören, die jedoch in dieser Region nicht sehr stark sei. Ein solcher Streit würde nach Ansicht der Franzosen die allgemeine Förderung im Ruhrgebiet um nicht mehr als 30 Prozent vermindern. — Das vorngste Problem sei nach dem "Daily Telegraph" die Rückwirkung, die eine Beteiligung der Alliierten auf der Grundlage der Syrer Entscheidung an den Gewinnen der Ruhrindustrie an den Handel der Alliierten ausüben würde. Außerdem sei bereits eine leise Andeutung von Seite des Atlantischen Ozeans erfolgt, daß dieser Gedanke möglicherweise mehr oder weniger als Erziehung eines Monopols der Alliierten in den Industrien Ruhr und Elbe werden würde, und daß sich dann auf die Elbe der Tiefbau a einem solchen Plan beampfen könnte. Die britische Regierung legt der amerikanischen Regierung und dem guten Willen der Vereinigten Staaten das größte Gewicht bei.

London, 26. April. Der "Observer" schreibt: Die Belebung des Ruhrgebietes dürfte den englischen Handel weiter fördern, und die Lösung der Arbeitslosenfrage in England ver-